



Ramsauer gibt neue Sinnthalbrücke für den Verkehr frei

Ramsauer gibt neue Sinnthalbrücke für den Verkehr frei
Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer gibt heute die neue Brücke über das Sinnthal auf der A 7 zwischen Würzburg und Fulda für den Verkehr frei. Die alte, Ende der 60er Jahre gebaute Brücke musste ersetzt werden. Sie hatte infolge des stetig steigenden Schwerlastverkehrs irreparable Schäden an den Schweißnähten des Stahlüberbaus. Am 22. Juni 2013 wurde sie gesprengt. Die neue Brücke ist 755 Meter lang, über 50 Meter hoch und hat zwischen den Pfeilern maximale Stützweiten von über 100 Metern. Sie besteht für jede Fahrbahn aus zwei getrennten Überbauten. Einschließlich der neuen Brückenanschlüsse wurden auf 2.500 m Länge rund 61 Millionen Euro investiert.
Peter Ramsauer: "Ich freue mich, dass wir heute nach vier Jahren Bauzeit die neue Sinnthalbrücke für den Verkehr freigeben. Damit kann der Verkehr auf einer der wichtigsten Nord-Süd-Achsen in Europa wieder fließen. Die Sinnthalbrücke steht stellvertretend für die Straßenbrücken im Land. Viele Brücken sind dringend sanierungsbedürftig. Jahrelang ist viel zu wenig in die Sanierung investiert worden. Wir haben die Mittel für die Brückensanierung nun mehr als verdreifacht. Damit erhalten und verbessern wir die Leistungsfähigkeit unseres Straßennetzes, um zukünftige Verkehre bewältigen zu können."
Die Autobahn A 7 ist eine der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen in Europa und mit 960 km die längste Autobahn in Deutschland. Sie führt von der dänischen Grenze bei Ellund durch Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Hessen bis zur bayerisch-österreichischen Grenze bei Füssen. Die heutige Autobahn A 7 folgt auf der Strecke zwischen Flensburg und Hamburg dem historischen Ochsenweg, der bereits im Mittelalter eine wichtige Handelsroute von Skandinavien nach Süden darstellte. Der erste Streckenabschnitt der A 7 wurde bereits vor dem 2. Weltkrieg 1937 zwischen Kassel und Göttingen in Betrieb genommen. Die heutige A 7 zwischen Bad Hersfeld und Würzburg wurde in den 1960er Jahren gebaut.
Im Netz der Bundesfernstraßen befinden sich über 39.000 Brücken, die aus über 50.000 Teilbauwerken bestehen. Sie haben eine Gesamtlänge von fast 2.100 Kilometern. Die meisten Brücken in Deutschland wurden zwischen 1960 und 1985 gebaut, viele davon stoßen auf Grund der starken Zunahme des Schwerverkehrs mit erheblich gestiegenen Gesamtgewichten inzwischen teilweise an ihre Leistungsgrenze. Die Bundesregierung hat die Investitionen in die Bauwerkserhaltung deshalb kräftig aufgestockt. Für das Jahr 2013 stehen über 2,5 Mrd. Euro Erhaltungsmittel bereit, die in der Finanzplanung um 100 Mio. Euro/Jahr bis 2016 auf dann 2,8 Mrd. Euro erhöht werden. Von diesen Mitteln fließen in diesem Jahr mehr als 830 Millionen in die Brückensanierung, 2014 sogar rund 950 und 2015 rund 980 Millionen Euro. Zum Vergleich: Bis ins Jahr 2009 wurden im Schnitt nur rund 330 Millionen Euro pro Jahr in die Reparatur der Bauwerke investiert.
Das BMVBS hat zur koordinierten Umsetzung der Brückensanierungen gemeinsam mit der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) und in Abstimmung mit den zuständigen Straßenbauverwaltungen der Länder eine Gesamtstrategie zur Ertüchtigung der Straßenbrücken im Bestand der Bundesfernstraßen entwickelt. So werden die Maßnahmen länderübergreifend und nach Dringlichkeit effektiv umgesetzt.
Die Strategie ist auch Bestandteil des neuen Bundesverkehrswegeplans 2015, der derzeit in Vorbereitung ist.
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 30 18 300 - 2040
Telefax: +49 30 18 300 - 2059
Mail: presse@bmvbs.bund.de
URL: <http://www.bmvbw.de>


Pressekontakt

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

10115 Berlin

bmvbw.de
presse@bmvbs.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

10115 Berlin

bmvbw.de
presse@bmvbs.bund.de

Die Aufgaben Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sind in einem Ministerium vereinigt. Das BMVBS ist damit das wichtigste Investitionsressort der Bundesregierung. Hier sind alle Zuständigkeiten des Bundes für verkehrliche und bauliche Infrastrukturen gebündelt: Bundesfernstraßen, Schienen- und Wasserwege, Städtebau, Stadtentwicklung und Raumordnung. Als herausragendes Innovationsministerium gibt das BMVBS Impulse für die Verkehrstechnologie und die Bauwirtschaft. In der Luftfahrt, in der Satellitennavigation, bei neuen Antrieben und Kraftstoffen, bei energiesparenden Bauweisen sorgen die Experten des Ministeriums für gute Rahmenbedingungen. An seinen beiden Standorten Berlin und Bonn hat das Ministerium insgesamt 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In neun Abteilungen wird die Arbeit des BMVBS umgesetzt. Die Leitungsabteilung untersteht dem Minister unmittelbar und unterstützt ihn bei seinen politischen Aufgaben. Sie widmet sich den Themen der Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Neuen Medien sowie der Zusammenarbeit mit anderen Ministerien, dem Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und anderen Institutionen. Die Zentralabteilung nimmt die administrativen Aufgaben im Ministerium selbst und in seinem Geschäftsbereich wahr. Sie hat zentrale Steuerungsaufgaben in den Bereichen Haushalt, Personal, Organisation, Verwaltungsmodernisierung, technische Infrastruktur sowie bei der Betreuung der Liegenschaften. Zusammen mit den nachgeordneten Behörden trägt das BMVBS Verantwortung für über 26 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln und rund 27.000 Beschäftigte. Vertreter des Ministeriums nehmen zudem die Interessen des Bundes als Eigentümer bzw. Miteigentümer bei Unternehmen im Verkehrs-, Bau- und Wohnungsbereich, z.B. bei Flughafen- und Wohnungsbaugesellschaften, wahr. In der Abteilung Umweltpolitik und Infrastruktur, Grundsatzfragen des Ressorts, Europaangelegenheiten werden grundlegende strategische Politikkonzepte entwickelt und umgesetzt. Es geht schwerpunktmäßig darum, durch eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur und deren nachhaltige Finanzierung passende Rahmenbedingungen für ein leistungsfähiges Verkehrssystem zu schaffen. Gleichzeitig muss die Verkehrs- und Baupolitik umwelt- und klimafreundlich ausgestaltet werden. Ein weiteres wichtiges Thema der Abteilung ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsentscheidungen zur Verkehrsinfrastruktur. Außerdem kümmern sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter intensiv um die Förderung von Forschung und Innovation sowie die Koordination und Steuerung der EU-Politik. Für alle Fragen rund um den Schienen- und Straßenverkehr ist die Abteilung Landverkehr zuständig. Sie vertritt außerdem die Interessen des Bundes als Eigentümerin der Deutschen

Bahn AG. Wichtigste Aufgabe der Abteilung Straßenbau ist der Erhalt, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen. Das Straßennetz im Verantwortungsbereich des Bundes besteht derzeit aus rund 12.000 km Bundesautobahnen und etwa 41.000 km Bundesstraßen. Für die 7.300 km langen Binnenwasserstraßen und die Seewasserstraßen mit einer Fläche von 23.000 km² in unserem Land ist die Abteilung Wasserstraßen und Schifffahrt zuständig. Einen Schwerpunkt dieser Abteilung bildet die Mitarbeit in internationalen Institutionen, in denen z.B. Fragen des See- und Schifffahrtsrechts erörtert und entschieden werden. Auch in der Abteilung Luft- und Raumfahrt ist der Blick über die Grenzen Deutschlands Alltag. Hier geht es sowohl um faire internationale Wettbewerbsregeln als auch darum, den weltweit wachsenden Luftverkehr effizient, sicher und umweltfreundlich zu gestalten. Die Abteilung Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen kümmert sich um die Bereiche Stadtentwicklung und Raumordnung, Bau- und Wohnungsrecht sowie Mietrecht. Dabei hat die gemeinwohlorientierte Sicherung des Wohnens auch angesichts der demografischen Entwicklung einen hohen Stellenwert. In dieser Abteilung sind auch die Programme der Städtebauförderung, vor allem zum Stadtumbau sowie zur Sozialen Stadt angesiedelt. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Entwicklung der ländlichen Infrastruktur gelegt. Die Abteilung Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbauten ist für Grundsatzfragen des Bauwesens, die energetische Modernisierung, das öffentliche Auftragswesen, Baukultur, Bautechnik und Bauwirtschaft zuständig. Darüber hinaus übernimmt sie die fachliche Verantwortung für zivile Bauten des Bundes im In- und Ausland.